

Medienmitteilung

vom Donnerstag, 20. November 2008

Grünliberales Ja zum Energiegesetz

Die Grünliberale Partei des Kantons St. Gallen (glp) begrüsst den III. Nachtrag zum Energiegesetz sehr. Verschärfte und harmonisierte Mindestanforderungen insbesondere im Gebäudebereich sind bezüglich des Klimaschutzes wie auch wirtschaftlich sinnvoll. Alle Massnahmen, welche zur Minderung des Ausstosses von Treibhausgasen und zu besserer Energieeffizienz führen, sind grundsätzlich zu begrüessen. Ein unter den Kantonen harmonisiertes Vorgehen ist wirtschaftsfreundlicher als viele unterschiedliche Lösungen in den verschiedenen Kantonen. Es ist zu hoffen, dass sich bei der Behandlung der Vorlage im Kantonsrat sämtliche Parteien an ihre Wahlkampfversprechen erinnern und die Vorlage ungekürzt die Beratungen passieren wird.

Allerdings fordert die glp, dass Gemeinden, welche auf Teilen ihres Territoriums (z. B. bei Überbauungsplänen) den weitergehenden Minergiestandard vorschreiben wollen, nicht mehr durch kantonale Stellen daran gehindert werden können. Dies aus Gründen des Klimaschutzes wie auch der Gemeindeautonomie. Weiter ist die glp der Auffassung, dass die finanzielle Unterstützung von Massnahmen im Sinne der Substitution CO₂-erzeugender Energieformen ausgeweitet werden muss, z. B. aus freiwerdenden Mitteln aus dem Beteiligungskapital an den SAK. Solche Massnahmen sind insbesondere auch angesichts der sich verdüsternden Konjunkturaussichten sehr sinnvoll, weil sehr rasch wirksam und über das gesamte Kantonsgebiet konjunkturstützend.

Für Rückfragen:

Maurus Candrian

Co-Präsident Grünliberale Partei Kanton SG

Tel. 079 653 67 76

